

beraten und beschlossen

11. Landessynode 2009 - 2014
12. Tagung 21. bis 24. Mai 2014
in der Stadtkirche, Homburg

Berichterstattung

Friedliches Zusammenleben keine Selbstverständlichkeit

Kirchenpräsident Schad ruft zur Teilnahme an Europawahl auf - Mahngottesdienst in Straßburg

Straßburg/Homburg (lk). Kirchenpräsident Christian Schad hat dazu aufgerufen, an der Europawahl am Sonntag, 25. Mai, teilzunehmen. Gerade der gegenwärtige Konflikt in der Ukraine zeige, dass das friedliche Zusammenleben in Europa keine Selbstverständlichkeit sei. „Umso wichtiger ist es, dass wir alle zur Europawahl gehen und die demokratischen Parteien unterstützen“, erklärte Schad.



An der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich gelegen, setze sich die Evangelische Kirche der Pfalz seit Jahren für Verständigung und Versöhnung in Europa ein. Am Sonntag, 25. Mai, gestaltet Kirchenpräsident Schad zusammen mit dem Präsidenten der Reformierten Kirche im Elsass, Pfarrer Christian Krieger, einen Mahn- und Friedensgottesdienst in der Église Saint Paul in Straßburg. Es ist das erste Mal seit 1918, dass ein deutscher Geistlicher in der ehemaligen Garnisonskirche die Predigt hält.

Der Mahn- und Friedensgottesdienst erinnere auch an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und daran, dass vor 25 Jahren die Mauer fiel, die Europa in Ost und West spaltete. „Die Kriege und das erlittene Leid haben sich tief eingezeichnet in die nationalen Erinnerungskulturen der Völker Europas. Dankbar blicken wir auf das Erreichte in der Europäischen Union, die als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft dauerhaft den Frieden in Europa sichern soll.“

Hinweis: Zu dem Mahn- und Friedensgottesdienst am Sonntag, 25. Mai, um 10.30 Uhr, in der Eglise Saint Paul, in Straßburg (Place Eisenhower) laden der Generalsekretär der Konferenz der Kirchen am Rhein, Rudolf Ehrmantraut, sowie der Pfarrer von Saint Paul, Carlos Ferrer, ein. Der Gottesdienst ist zweisprachig.

21.05.2014, Straßburg, Homburg

Wichtiger Diskurs über veränderte Realitäten

Synodalpräsident eröffnet Tagung in Homburger Stadtkirche – Ministerpräsidentin betont Verbundenheit mit Landeskirche

Homburg (lk). Die Zukunft der Evangelischen Kirche der Pfalz wird nach den Worten von Synodalpräsident Henri Franck wesentlich davon bestimmt, wie sie das im Wandel begriffene Amt ihrer Pfarrer gestaltet. Vieles sei von der Frage abhängig, wie das Bild der Geistlichen künftig aussehen soll, sagte Franck zur Eröffnung der Landessynode in Homburg. Als richtungsweisend bezeichnete er auch das Schwerpunktthema der Tagung, „Kirche in der Stadt“.



Die veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft, ihre Mobilität, aber auch die Abwendung von Kirche und deren Strukturen stelle diese vor ebenso große Herausforderungen wie die Tatsache, dass sie „kleiner und ärmer“ werde, sagte Franck. Mit der Tagung werde ein Diskurs angestoßen, der die veränderten Realitäten in den Gemeinden ebenso in den Blick nehme wie die veränderten Lebensumstände der Pfarrer.

Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt zum zweiten Mal in ihrer Geschichte in ihrem saarländischen Teil. Die Gemeinden im Saarland seien für das Wesen der Evangelischen Kirche der Pfalz genauso wichtig „wie der Reichstag der Protestation in Speyer und die Union in Kaiserslautern“, sagte Synodalpräsident Franck. Obwohl die Grenzen der Landeskirche ursprünglich auch die politischen Grenzen der bayerischen Rheinpfalz und damit eines einheitlichen Gebiets gewesen seien, erinnerten sie heute daran, dass „Zusammenarbeit und Einheit auch über veränderte Grenzen hinweg möglich ist und Zukunft hat“.



Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer wertete in ihrem Grußwort die Tagung in Homburg als ein „Zeichen der besonderen Verbundenheit zwischen der Evangelischen Kirche der Pfalz und dem Saarland“. Landeskirche und Landesregierung würden in vielen ethischen und politischen Fragen gleiche Positionen vertreten, sagte die Ministerpräsidentin. Als Beispiele nannte sie die Bekämpfung der Armut, den Schutz des Lebens, aber auch den Sonntagsschutz. Kramp-Karrenbauer äußerte die Hoffnung, dass die evangelische Kirche auch weiterhin ihre wichtige Rolle bei der Gestaltung von Politik und Gesellschaft im Saarland wahrnehmen werde.

Für das Bistum Speyer sprach Ökumenereferent Thomas Stubenrauch ein Grußwort. Er stellte Ergebnisse einer ökumenischen Fragebogenaktion vor, die im vergangenen Halbjahr in einzelnen Pfarreien und Kirchengemeinden in Bistum und Landeskirche durchgeführt worden war. Darin, so Stubenrauch, kämen verschiedene ökumenische Erfahrungen zur Sprache, die als „Gradmesser für das ökumenische Miteinander in der Pfalz und darüber hinaus“ angesehen werden könnten. Ausführlicher berichtete er von einer Projektpfarrei im Bistum, die für sich Ökumene nicht mehr als ein Handlungsfeld neben vielen definiert habe, sondern als leitende Perspektive für das ganze pastorale Handeln. „Vielleicht“, so Stubenrauch, „dürfen wir darin den Anbruch einer vertieften Phase im ökumenischen Miteinander erblicken“.

Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt vom 21. bis 24. Mai 2014 in der Homburger Stadtkirche. Schwerpunktthema ist „Kirche in der Stadt“. Der Bericht des Kirchenpräsidenten, die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2020, das Papier „Pfarramt und Dekansamt im Wandel“, die Zukunft des Internats des Evangelischen Trifels-Gymnasiums in Annweiler, ein Zwischenbericht zur Organisationsentwicklung des Landeskirchenrates sowie die Berichte der Gesamtkirchlichen Dienste sind weitere Schwerpunkte der öffentlichen Sitzungen.

Hinweis: Der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Die aktuelle Legislaturperiode läuft von 2009 bis 2014. Die Evangelische Kirche der Pfalz hat rund 553.000 Kirchenmitglieder, davon etwa 41.000 im Saarland. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz. www.facebook.com/evkirchepfalz.

21.05.2014, Homburg



Geschlechtergerechtigkeit im "Reißverschlussverfahren"

Synode verabschiedet Gesetzentwurf zur gleichberechtigten Gremienbesetzung

Homburg (lk). Landeskirchliche Gremien müssen künftig „geschlechtergerecht“ besetzt werden. Ein entsprechendes Gesetz hat die Landessynode an ihrem ersten Verhandlungstag auf den Weg gebracht. Demnach soll mehr als bisher eine ausgewogene und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in den Einrichtungen der pfälzischen Landeskirche gewährleistet werden.

Kernelement des von den Synodalen verabschiedeten Entwurfes sei die Verankerung des so genannten „Reißverschlussverfahrens“, erläuterte der für Rechtsfragen zuständige Oberkirchenrat Dieter Lutz. Demnach sollen bei Gremienbesetzungen durch Berufung oder Entsendung die zur Verfügung stehenden Plätze abwechselnd an Männer und Frauen vergeben werden. Bei der Besetzung von Gremien durch Wahl sei darauf hinzuwirken, dass sich ebenso viele Frauen wie Männer zur Wahl stellen.

Gremien können beispielsweise Kammern und Kommissionen, Ausschüsse, Verwaltungs- und Aufsichtsräte oder Beiräte der Landeskirche, der Kirchenbezirke, der Kirchengemeinden, der Gesamtkirchengemeinden und deren kirchliche Einrichtungen sein. Nicht erfasst sind Organe der kirchlichen Körperschaften und Einrichtungen. Das Gesetz findet deshalb keine Anwendung auf die Wahlen von Presbyterien, Bezirkssynoden und Bezirkskirchenräten sowie der Landessynode.



Der Entwurf beruht auf einem Antrag der Landessynode vom November 2013 und orientiert sich an einem Kirchengesetz der EKD (Evangelischen Kirche in Deutschland). Die landeskirchlichen Regelungen treten am 1. Juli 2014 in Kraft.

Hinweis: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt vom 21. bis 24. Mai 2014 in der Stadtkirche in Homburg/Saar. Schwerpunktthema ist „Kirche in der Stadt“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz, www.facebook.com/evkirchepfalz.

21.05.2014, Homburg

Plädoyer für eine starke öffentliche Rolle der Kirche

Kirchenpräsident: Christen müssen für Frieden, Menschenwürde und Demokratie eintreten



Homburg (Ik). Kirchenpräsident Christian Schad plädiert für eine starke öffentliche Rolle von Religion im weltanschaulich-neutralen Staat. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, zwischen Christen- und Bürgergemeinde müsse sich täglich bewähren – bis hinein in das Miteinander von Kirchengemeinden und Kommunen, sagte der Kirchenpräsident in seinem Bericht vor der Landessynode.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte er das Jahresthema der Reformationsdekade, „Reformation und Politik“. Vor dem Hintergrund christlicher Werte und Überzeugungen formulierte der Kirchenpräsident auch ein klares „Nein“ zu jeder Form organisierter Sterbehilfe. In seinem Bericht bezeichnete Schad es als eine der größten Herausforderungen, dem „massiven Traditionsabbruch in den Familien“ entgegenzuwirken. Die Arbeit mit Kindern und deren Eltern werde zur „Überlebensfrage für unsere Kirche“, erklärte Schad.

Beim Eintreten für Frieden und Toleranz, für Menschenwürde und Demokratie falle gerade den Kirchen eine besondere Rolle zu. Fremdenfeindlichkeit und Partikulardenken seien in Europa noch nicht überwunden, sagte der Kirchenpräsident auch mit Blick auf die Wahlen zum europäischen Parlament. Die versöhnte Verschiedenheit der evangelischen Kirchen in Europa sind nach Schads Worten beispielhaft für die Aufgabe, vor der die europäischen Gesellschaften insgesamt stehen, nämlich Vielfalt auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Überzeugungen zu gestalten. Die Fähigkeit, sich in der jeweiligen Unterschiedlichkeit zu achten und zu respektieren, sei ein besonders wichtiger Beitrag für die Zukunft Europas und der Weltgesellschaft im Ganzen. Dabei werde sich auch zeigen, was die Kirchen zum Zusammenhalt eines Gemeinwesens beitragen könnten, das durch zunehmende Pluralität gekennzeichnet sei, so Schad.

Christliche Verantwortung machte der Kirchenpräsident in seinem Bericht auch am Thema Sterbehilfe fest: Die Kirche soll nach seinen Worten „nicht Hilfe zum Sterben, sondern Hilfe im Sterben“ leisten. „Von einem christlichen Verständnis menschlichen Lebens und Sterbens her sollten wir mit derselben Entschiedenheit, mit der wir vor moralischen Verurteilungen warnen, jeder gesellschaftliche Legitimierung der aktiven Sterbehilfe oder der Beihilfe zum Suizid widersprechen“, sagte Schad.

Nicht nur die freiheitliche Demokratie, sondern auch die presbyterial-synodale Verfassung der Evangelischen Kirche der Pfalz lebe von einer Kultur aktiver Beteiligung, sagte Schad im Hinblick auf die Wahlen zu den Presbyterien am 30. November 2014. „Ich sehe darin eine missionarische Aufgabe.“ In vielen Kirchengemeinden und Kirchenbezirken werde der Umbruch, der sich aktuell in der Landeskirche vollziehe, auch als Aufbruch empfunden. Die Menschen seien bereit, Verantwortung zu übernehmen, Kirche vor Ort mit zu gestalten und zu bewegen. „Ein Presbyterium, in dem nur über Geld und Bauen geredet wird, ist schlecht beraten. Aber ein Presbyterium, das diese Bereiche vernachlässigt, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Deshalb sind wir auf Frauen und Männer angewiesen, die ihre spezifischen Gaben und Kompetenzen einbringen mit konstruktiven Ideen, mit Gestaltungskraft und dem Willen zu entscheiden.“

Hinweis: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt vom 21. bis 24 Mai 2014 in der Stadtkirche in Homburg/Saar. Schwerpunktthema ist „Kirche in der Stadt“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz. www.facebook.com/evkirchepfalz.

21.05.2014, Homburg

"Kirche in der Stadt" gestalten: Herausforderung und Chance zugleich Frühjahrssynode befasst sich am Schwerpunkttag mit Thesenpapier und Arbeitsgruppen



Homburg (Ick). Ein Drittel der Mitglieder der Evangelischen Kirche der Pfalz wohnt in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern. Ein weitaus größerer Teil orientiert sich in seinem Einkaufs- und Freizeitverhalten zu den Städten hin. Laut Prognosen der EU-Kommission werden bis 2050 in Europa sogar über 80 Prozent der Menschen in Städten leben. Das hat Folgen: Strukturen, Identitäten und das Rollenverständnis der kirchlichen Akteure lösen sich auf, soziale Probleme verdichten sich, die Kirche wird zunehmend medial wahrgenommen. Gleichzeitig sind Religion und Christentum in den Städten deutlich präsent: durch gottesdienstliche und kulturelle Orte und gemeinschaftliche Aktivitäten. Zu diesem Ergebnis kommen die synodale Gruppe, die das Thema der Frühjahrstagung, „Kirche in der Stadt“, vorbereitet hat, sowie die Referenten des Schwerpunkttages, die Theologieprofessoren

Kristian Fechtner, Mainz, und Gerhard Wegner, Hannover.

Hatte zum Beispiel der Kirchenbezirk Ludwigshafen 1970 noch 100.000 Kirchenmitglieder, waren es rund vierzig Jahre später nur noch 50.000. Mit den Gemeindegliederzahlen ging nicht nur die Anzahl der Trauungen und Taufen zurück, auch die Haushalte der Kirchengemeinden und der städtischen Kirchenbezirke brachen infolge des Gemeindegliederrückgangs schon Ende der 90er Jahre deutlich ein, erklärte der frühere Dekan des Kirchenbezirks Ludwigshafen, Oberkirchenrat Michael Gärtner, in seiner Einführungsrede. Manche dieser Entwicklungen sei inzwischen auch in den Mittelzentren und auf dem Land angekommen, sagte Gärtner. Die Kirchengemeinden in den Städten bräuchten daher für ihre Arbeit veränderte Rahmenbedingungen. Für den Professor für Praktische Theologie an der Universität Mainz, Kristian Fechtner besteht die Aufgabe von Kirche in der Stadt insbesondere auch darin, die Botschaft des Evangeliums zu kommunalisieren: „Es gilt, Menschen unterschiedlicher Herkunft ihren Platz einzuräumen.“



Die Antwort darauf hat die Vorbereitungsgruppe - Mitglieder der Synode sowie Vertreter von Kirchenbezirken und Gesamtkirchlichen Diensten - in Thesen zusammengefasst, die sie am Donnerstag vorstellte. Das Papier empfiehlt u.a., in den Gemeinden den Dienstleistungsgedanken in den Vordergrund zu rücken und den Schwerpunkt auf die „diakonische Gemeinde“ zu legen, regionale Kooperationszonen zu schaffen und verstärkt den interreligiösen Dialog zu suchen. Zudem gewinnen Kirchengebäude als Orte der Identifikation und Citykirchenarbeit an Bedeutung. Die Auflösung alter Strukturen und das Entwickeln neuer Identitäten ist laut Thesenpapier Herausforderung und Chance zugleich. „Die Kirchengemeinden und Kirchenbezirke in den Städten nehmen diese Veränderungen wahr und wollen ihre Arbeit entsprechend gestalten.“

Vor ähnliche Herausforderungen wie die Landeskirche sieht sich der Oberbürgermeister von Pirmasens, Bernhard Matheis, gestellt. In seinem Grußwort warnte er jedoch vor zu viel Zentralisierung. Es gelte, das Profil eines jeden Ortes zu wahren. „Je mehr Angebote zentralisiert werden, desto schwieriger wird es für die Menschen, sich mit ihrer Gemeinde vor Ort –

sei es nun die kirchliche oder die politische – zu identifizieren.“ Matheis verwies in diesem Zusammenhang auf etliche soziale Projekte, in denen sich die Kirche einbringe, beispielsweise im Netzwerk „Pakt für Pirmasens“. Beim „religiösen Dialog“ bedarf es seiner Ansicht nach einer „genauen Abwägung zwischen Integrationsbemühung und Wahrung der eigenen Identität“. „In keinem anderen Bereich ist sowohl für die Kirche wie für die Politik größeres Fingerspitzengefühl vonnöten“, sagte der Pirmasenser Oberbürgermeister.

Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter haben am Schwerpunkttag Beispiele kirchlichen Lebens und Arbeitens in den Städten Frankenthal, Germersheim, Kaiserslautern, Ludwigshafen Pirmasens, Speyer und Zweibrücken gezeigt.

Hinweis: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt vom 21. bis 24 Mai 2014 in der Stadtkirche in Homburg/Saar. Schwerpunktthema ist „Kirche in der Stadt“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz. www.facebook.com/evkirchepfalz.

22.05.2014, Homburg

Trifels-Gymnasium: Internat wird geschlossen

Synode gibt Übergangslösung grünes Licht – Gymnasium wird profiliert weitergeführt



Homburg/Annweiler (lk). Das Internat des Evangelischen Trifels-Gymnasiums in Annweiler muss aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz fasste am Freitag auf ihrer Tagung in Homburg den Beschluss, das Internat nach einer Übergangsregelung auslaufen zu lassen. Betriebsbedingte Kündigungen der Mitarbeiter soll es nicht geben. Das Gymnasium selbst wird kostenoptimiert und uneingeschränkt fortgeführt. Das Evangelische Trifels-Gymnasium ist die einzige Schule in Trägerschaft der Landeskirche.

Notwendig wird die Schließung aufgrund der anhaltend schlechten Belegungszahlen, erklärte der Bildungsdezernent der Landeskirche, Oberkirchenrat Michael Gärtner, in seiner Einführungsrede zu dem Tagesordnungspunkt am Freitag. Die Übergangslösung gewährleiste, dass die derzeitigen Internatsschüler bis zum Erreichen eines nächsten Schulabschlusses (Mittlere Reife oder Abitur) im Internat bleiben können.

Die Entscheidung der Synode entspricht im Grundsatz der Portfolioanalyse, wonach landeskirchliche Handlungsfelder auf ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft werden, und geht auf einen entsprechenden Beschluss vom Mai 2013 zurück. Es habe sich gezeigt, dass ein klassisch geführtes Internat derzeit wenig nachgefragt werde, sagte Gärtner. Viele Internate, auch kirchliche, müssten schließen. Am Markt behaupten könnten sich vor allen Dingen hochpreisige und lang eingeführte Internate.

Das Evangelische Trifels-Gymnasium soll in Richtung Ganztagschule entwickelt werden. Die bereits umgesetzte Nachmittagsbetreuung werde sehr positiv aufgenommen, sagte Gärtner. Dadurch habe sich auch die Nutzung der Mensa verbessert. Das angestrebte Ziel, den jährlichen Zuschuss für die Schule auf 500.000 Euro zu reduzieren, werde voraussichtlich in drei Jahren erreicht. Bisher wurde die Schule aus Kirchensteuermitteln mit rund 1,2 Millionen bezuschusst.

Hinweis: Am Evangelischen Trifels-Gymnasium in Annweiler werden etwa 750 Schüler aus den Landkreisen Südliche Weinstraße und Südwestpfalz unterrichtet. Die Schule steht Schülern aller Konfessionen offen, die Teilnahme am evangelischen oder katholischen Religionsunterricht ist jedoch verbindlich. Mehr zum Thema unter www.trifelsgymnasium.de.

23.05.2014, Homburg

Leitplanung zur Optimierung aufgestellt

Landessynode berät Zwischenbericht zur Organisationsentwicklung

Homburg (lk). Mit einem "bunten Blumenstrauß" an Maßnahmen muss die oberste Behörde der Evangelischen Kirche der Pfalz, der Landeskirchenrat, ihre Organisation optimieren. Zu diesem Schluss kommt ein Zwischenbericht der Beratungsfirma Dannhorn, den die Landessynode bei ihrer Tagung im saarländischen Homburg diskutiert hat. Es gäbe keine Hinweise darauf, dass der Wegfall oder die Optimierung einzelner Bereiche größere Probleme lösen würde, erklärten die Wirtschaftsberater Hans-Peter Dannhorn und Oskar Schwarzer.

Die Berater empfehlen der Synode eine "Leitplanung", in der die dringendsten Maßnahmen eingeordnet werden müssten. Dazu zählten die Zusammenführung von Personalarbeit beim nicht-theologischen Personal, die Verbesserung des Kommunikations- und Informationsflusses, die Motivation der Mitarbeiter und eine zeitgemäße technische Unterstützung von Arbeitsprozessen.



Die Vielzahl von Einzelaufgaben, zu der unter anderem auch die Einrichtung eines zentralen Veranstaltungsmangements und die Einführung einer Projektkultur und eines neuen kirchlichen Finanzwesens gehöre, macht nach Auffassung der Wirtschaftsberater den Einsatz von zusätzlichen Mitteln für Personal und Sachmittel nötig. Einem zeitlich befristeten Personalaufbau von zwei Stellen stünde jedoch in der Folge ein entsprechender Abbau nach der Umsetzung der Maßnahmen gegenüber.

Die Wirtschaftsberater sehen in ihrem Zwischenbericht zudem keine Alternativen zur rechtlichen Organisationsform der Landeskirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts. So sei die Kirchensteuer, die 60 Prozent der Einnahmen ausmacht, von diesem Status abhängig. Weder wirtschaftlich noch organisatorisch sei die Reduzierung der Anzahl der Dezernate zu empfehlen, teilten die Berater mit. Für den Wegfall einer Oberkirchenratsstelle müssten zwei Referentenstellen geschaffen werden. Dies führe jedoch zu deutlichen Mehrkosten.

Oberkirchenrat Dieter Lutz kündigte an, dass die Rückmeldungen aus der Landessynode in die weitere Arbeit der Berater einfließen werde. Ziel sei es, in der Novembertagung den Abschlussbericht vorzulegen. Danach könne mit der Umsetzung von Maßnahmen begonnen werden.

Der Landeskirchenrat ist die oberste Leitungs- und Verwaltungsbehörde der Evangelischen Kirche der Pfalz. 2013 arbeiteten 161 Mitarbeiter auf 121,5 Vollzeitstellen. Unabhängig von der aktuellen Untersuchung hatte die Landessynode bereits den Abbau auf 117 Stellen bis zum Jahr 2020 beschlossen.

23.05.2014, Homburg

Landeskirche bleibt auf Konsolidierungskurs

Guter Kirchensteuersituation und Sparmaßnahmen stehen steigende Ausgaben gegenüber



Homburg (lk). Die Evangelische Kirche der Pfalz muss an ihrem Konsolidierungskurs festhalten, wenn sie ihr Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, erreichen will. Die Weichen dafür werden mit der mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2020 gestellt, der die Landessynode am Freitag zustimmte. Die Finanzplanung ist Grundlage für den Haushalt 2015/2016. Über den Doppelertrag verhandelt die Synode auf ihrer Herbsttagung. Im Rahmen der Finanzplanung hat sie einige Vorentscheidungen getroffen: Zum Beispiel soll ab 2015 der Grundbetrag für die Schlüsselzuweisungen an die Kirchengemeinden von 11 Euro pro Messzahl auf 12 Euro erhöht werden.

Es sei voraussehbar, dass sich auch die im nächsten Jahr neu konstituierende Synode mit Sparmaßnahmen auseinandersetzen müsse, sagte Finanzdezernentin Karin Kessel bei der Vorstellung der mittelfristigen Finanzplanung. Für 2015/16 erwartet die Oberkirchenrätin einen ausgeglichenen Haushalt. Die gegenwärtig gute konjunkturelle Situation wirke sich positiv auf die Kirchensteuereinnahmen aus, die 2013 mit 113,5 Millionen ihren bisherigen Höchststand erreicht haben. Bis 2020 rechnet Kessel indes mit einem Rückgang der Kirchensteuereinnahmen auf rund 106 Millionen. Im gleichen Zeitraum summieren sich aufgrund von Tarifierhöhungen und steigenden Versorgungsbeiträgen die Personalkosten auf rund 98 Millionen, so Kessel. Daher müsse bis 2020 mit einem Defizit von etwa drei Millionen gerechnet werden. Es sei „zwingend erforderlich“, die beschlossenen Einsparmaßnahmen konsequent umzusetzen, um das Defizit möglichst niedrig zu halten, erklärte die Finanzdezernentin.

Kessel bezifferte das Einsparvolumen, das bis 2020 erreicht werden könne, auf rund 7 Millionen Euro. 2014 würden 2,71 Millionen Euro eingespart. In der mittelfristigen Finanzplanung schlage sich sowohl die Umsetzung der 2010 von der Synode beschlossenen Einsparmaßnahmen als auch die Umsetzung der durchgeführten Portfolioanalyse nieder, wonach landeskirchliche Handlungsfelder auf Wirtschaftlichkeit, Alternativen oder Maßnahmen zur Profilschärfung hin überprüft werden. Aber auch die noch nicht erreichte Einsparung bei den Kindertagesstätten wirkt sich auf die Finanzplanung aus.

Hier seien zwar durch Verhandlungen mit dem Land bis 2016 jährlich rund eine halbe Million Euro erwirkt worden. Dies könne jedoch nur eine „Zwischenlösung“ sein, sagte Kessel. Verhandlungsziel sei es, durch eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes jährlich 2,3 Millionen Euro einzusparen.

Hinweis: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt bis 24. Mai 2014 in der Stadtkirche in Homburg/Saar. Schwerpunktthema ist „Kirche in der Stadt“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz. www.facebook.com/evkirchepfalz.

23.05.2014, Homburg

Synodentagung in Saarpfalz "wichtiges Signal"

Dank für Gastfreundschaft in Homburg – Internatsschließung "schwierigste Entscheidung"

Homburg (lk). Die Schließung des Internats des Evangelischen Trifels-Gymnasiums in Annweiler hat Kirchenpräsident Christian Schad als die schwierigste Entscheidung in der Legislaturperiode dieser Synode bezeichnet. Es seien alle Anstrengungen unternommen worden, das Internat zu retten. Aber eine Weiterführung sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu verantworten, sagte Schad in einem Resümee.

Als ein wichtiges Signal an die rund 42.000 Protestanten im saarländischen Teil der Evangelischen Kirche der Pfalz bezeichneten Synodalpräsident Henri Franck und Kirchenpräsident Christian Schad die Tagung der Landessynode in der Stadtkirche von Homburg. Franck und Schad bedankten sich an dieser Stelle für die Gastfreundschaft im Kirchenbezirk Homburg und die Organisation der viertägigen Tagung. Der Aufwand sei enorm gewesen, aber er habe sich gelohnt: „Wir haben gezeigt, dass wir hier präsent sind.“ Dass die Landessynode in der Stadtkirche von Homburg tagte, füge sich auch in das Schwerpunktthema – Kirche in der Stadt – ein.

Hinweis: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat vom 21. bis 24. Mai in der Stadtkirche in Homburg/Saar getagt. Schwerpunktthema war „Kirche in der Stadt“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz. www.facebook.com/evkirchepfalz.

24.05.2014, Homburg



Von Alleinzuständigkeit zu arbeitsteiliger Kooperation

Synode befasst sich mit dem Pfarramt und Dekansamt im Wandel – Projekte sollen erprobt werden

Homburg (lk). Mit zwölf Projekten möchte die Evangelische Kirche der Pfalz notwendige organisatorische Änderungen in der künftigen Arbeit der Pfarrämter erproben. Damit sollen Verkündigung, Bildung, Diakonie und gerechtigkeitsförderndes Handeln weiterhin als Grundaufgaben der Kirche wahrgenommen werden können. Damit reagiere die Landeskirche auf die geänderten Ansprüche und Erwartungen an ihre Pfarrer, erklärte Oberkirchenrat Gottfried Müller vor der im saarländischen Homburg tagenden Landessynode.

Die Synodalen stimmten einem vom Arbeitskreis Zukunft vorgelegten Papier unter dem Titel



„Pfarramt und Dekansamt im Wandel – Impulse zur Weiterentwicklung von Amt und Aufgaben“ zu. Es sieht die Zusammenarbeit in Regionen und die Vernetzung unterschiedlicher Arbeitsbereiche vor. So könnten Pfarrerinnen und Pfarrer im Verwaltungsbereich entlastet und von der Alleinzuständigkeit zur arbeitsteiligen Kooperation ermutigt werden. Zugleich bestehe die Chance, das geistliche Profil zu stärken und die eigenen Gaben in die Arbeit besser einzubringen, erklärte der für Planungsfragen zuständige Oberkirchenrat. Zur Entlastung sollen zum Beispiel in Projekten sogenannte „Standardassistenten“ erprobt werden. Dabei teilen sich die Gemeinden in einer regionalen Kooperationszone fachlich ausgebildete Sekretärinnen, die

Verwaltungsaufgaben übernehmen.

Bei allen Veränderungen betone das Papier die bleibende Bedeutung von Kirchengemeinde und Gemeindepfarrdienst, sagte Müller. Nach evangelischem Verständnis sei die Kirche zuerst Gemeinde, in der das Evangelium in Wort und Tat verkündigt werde. Die pfälzische Kirchenverfassung bezeichne die Gemeinde als „Pflanzstätte des Glaubens“. „Der Gemeindepfarrdienst fördert die Menschennähe unserer Kirche, aber darüber hinaus gibt es eine Vielfalt kirchlicher Bezüge, die wir miteinander vernetzen müssen“, erklärte Müller. Aufgabe der Pfarrer in Kirchengemeinden, Krankenhäusern und Schulen, in diakonischen Einrichtungen und im Gefängnis, in gesamtkirchlichen Diensten und in Leitungsämtern sei es, bei den Grundaufgaben der Kirche in den Regionen zusammenzuarbeiten.

Im Blick auf das Dekansamt soll nach dem beschlossenen Papier die Leitungsaufgabe von Dekanen durch klare Strukturen und rechtliche Regelungen abgesichert werden. Durch den Zuwachs an Aufgaben hätten sich in den letzten Jahrzehnten die Kirchenbezirke zu Gestaltungsräumen weiterentwickelt. Daher sei die Aufgabe der Dekane ins Zentrum gerückt, zukunftsgerichtet zu leiten und zu gestalten. Zur Leitung gehöre auch, andere berufliche und ehrenamtliche Verantwortungsträger in die Arbeit des Kirchenbezirks einzubeziehen. Mit der Annahme des Papiers entschied sich die Synode weiterhin für die Anbindung des Dekansamtes an eine Gemeinde. Zur Entlastung soll jedoch die Dekansstelle immer mit einer zweiten Pfarrstelle verbunden werden.

Mit der Umsetzung des Papiers kann nach Auskunft von Oberkirchenrat Gottfried Müller erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 begonnen werden. Zuvor werden am 30. November die Presbyterien neu gewählt und daraus folgend die Gremien neu gebildet.

Hinweis: Der Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Mehr zum Thema auf www.evkirchepfalz.de, www.twitter.com/evkirchepfalz, www.facebook.com/evkirchepfalz.

24.05.2014, Homburg